

AfD-Fraktion Bad Karlshafen•Friedrich-Ebert-Str. 14•34385 Bad Karlshafen

**Stadt Bad Karlshafen**

Hafenplatz 8

34385 Bad Karlshafen

z. Hd. Herrn Marcus Dittrich

Stadtverordnetenvorsteher

**6. Antrag der AfD-Fraktion Bad Karlshafen – Prüfung der Bad Karlshafener Flüchtlingsunterkünfte - Asylbewerber mit Hausverbot zur Behandlung in der 5. Stadtverordnetenversammlung am 30.08.2016**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die AfD sieht mögliche Ungereimtheiten bei dem Erteilen von Hausverboten für Asylbewerber in Bad Karlshafener Unterkünften und fordert eine Überprüfung, was mit dem Hause verwiesenen Asylbewerbern passiert.

**Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge in Ihrer 5. Sitzung beschließen:

„Der Magistrat wird beauftragt, in Gespräche mit den zuständigen Stellen zu treten und eindringlich zu klären, was mit dem Hause verwiesenen Asylbewerbern aus Bad Karlshafener Flüchtlingsunterkünften passiert. Besonders zu berücksichtigen sind die Gründe des Hausverbots sowie der Verbleib nach einer Hausverbotserteilung. Der Stadtverordnetenversammlung ist hierüber umfassend zu berichten.“

Begründung:

Durch Informationen aus den Kreisen der Unterkünfte ist uns bekannt geworden, dass zum einen Hausverbote gegen Asylbewerber in Bad Karlshafener Unterkünften verhängt werden, zum anderen wohl absolute Unklarheit über den Verbleib dieser des Hauses verwiesenen Asylbewerber besteht. Die AfD-Fraktion sieht in dieser Entwicklung eine Gefahr für das Wohlergehen Bad Karlshafener Bürgerinnen und Bürger. Es kann in einem Rechtsstaat nicht sein, dass keine Kontrolle darüber besteht, wer eine Asylunterkunft verlässt und wohin.

Wir möchten mit unserem Antrag bewirken, dass der Magistrat dieser für uns nur schwer begreifbaren Vorkommnisse hinterhergeht und wir als Volksvertreter dafür Sorge tragen, dass die Sicherheit in Bad Karlshafen und Helmarshausen weiterhin höchste Priorität genießt.

Anschläge wie in Ansbach oder Würzburg machen uns als freiheitlich denkende Menschen fassungslos und es muss nun alles darangesetzt werden, solche Geschehnisse schon im Keim zu ersticken. Gerade weil der Ansbacher Attentäter seine Bombe unbehelligt in seiner Unterkunft bauen konnte, ist gerade bei verhaltensauffälligen Flüchtlingen äußerste Vorsicht geboten. Wenn ein Landkreis ein Drängen der Stadt Bad Karlshafen nicht genügend beantworten könnte, müssten wir als Kommune aktiv werden.

Wir bitten Sie daher um Annahme des obigen Beschlussvorschlags.

Mit alternativen Grüßen

**Florian Kohlweg**

Vorstandssprecher

Kreistagsabgeordneter

Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Alternative für Deutschland

Landkreis Kassel